

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 29.01.2009 um 17.35 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy  
Stadtrat Günther  
Stadtrat Lorenz  
Stadtrat May  
Stadtrat M. Müller (ab 17.40 Uhr, Ziffer 1)  
Stadträtin Richter (ab 17.40 Uhr, Ziffer 1)

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser  
Stadtrat Rank  
Stadträtin Schwab  
Stadtrat Stiller  
Stadträtin Stocker  
Stadtrat Weiglein\_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Heisel  
Stadträtin Glos  
Stadträtin Kahnt  
Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag  
Bürgermeisterin Regan (ohne Ziffern 2 – 9)  
Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof  
Stadtrat Konrad  
Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt  
Stadtrat Pauluhn

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm  
Stadtrat Schardt (ab 17.45 Uhr, Ziffer 1)

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sichershausen)  
Herr Pfrenzinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer  
Groß

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger  
Frau Noormann  
Stadtplaner Neumann  
Herr Dengler, Gutachter (Ziffer 1)  
Herr Faust, Büro Sinai (Ziffer 1)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadtrat E. Müller  
Stadtrat Schmidt\_  
Stadträtin Wachter  
Stadträtin Dr. Endres-Paul

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

#### 1. Natur in Kitzingen – Baumgutachen

A. Dipl. – Ing. Dengler geht ausführlich auf das Gutachten hinsichtlich der Pappeln im Bereich des Bleichwasen sowie der Sportplätze ein. Er stellt dar, dass es sich dabei um zwei unterschiedliche Arten von Pappeln handele mit zwei unterschiedlichen Problemfeldern. Er geht auf die Ursachen der Pappeln 1 bis 26 ein (wenig Licht, zu wenig Wachstum, Auswuchs, keine Verbindung zum Baum) und stellt dar, dass diese zurückgeschnitten werden müssten, um der Verkehrssicherungspflicht nachzukommen. Er zeigt exemplarisch, wie die Bäume dann aussehen würden. Dieser Rückschnitt müsste alle 2 Jahre geschehen. Als nächstes geht er auf die Pappeln 27 – 55 ein und erläutert die Ursachen des schlechten Zustandes (wenig Licht, stehen zu eng, hoher Grundwasserspiegel und deshalb wenig Sauerstoff). In diesem Bereich fiele ein Rückschnitt äußerst massiv aus. Dort sei der spätere Wohnmobilstellplatz geplant. Seiner Auffassung nach bestehe bei den Pappeln dringender Handlungsbedarf. Selbst bei einem Rückschnittsrhythmus von 2 Jahren müssten die Pappeln in ca. 20 Jahren ausgewechselt werden. Seiner Auffassung nach sei die Fällung der Pappeln verbunden mit einer Neupflanzung von Eschen, die im Übrigen von ihrer Eigenart her besser in diesen Bereich passen würden, mit Blick auf die entstehenden Folgekosten die sinnvollste Lösung.

Im Folgenden geht Herr Faust, Büro Sinai auf die seinerzeitige Vorlage bzgl. des Parks am Bleichwasen ein und stellt dar, dass ursprünglich 9 Pappeln im Bereich der jetzigen Sportplätze sowie 10 Pappeln am Bleichwasen gefällt werden sollten. Nach der Erstellung des Gutachtens und in Kenntnis der tatsächlichen Baumsubstanz müssten weit aus mehr Pappeln gefällt werden. Ein Rückschneiden empfindet er als optisch unpassend. Nachdem in 20 Jahren ohnehin die Pappeln ausgewechselt werden müssten, mache ein Tausch zum jetzigen Zeitpunkt mit in die Region passenden Eschen Sinn. Im Folgenden haben die Stadträte verschiedene Fragen bzgl. eines möglichen Erhalt der Pappeln, worauf Herr Dengler jeweils eingeht. Er stellt dar, dass bei einer Neupflanzung die Rahmenbedingungen (Licht, Grundwasser) entsprechend beeinflusst werden könnten. Dies sei bei einem vorhandenen Bewuchs nicht möglich. Aus diesem Grund seien die Pappeln dauerhaft nicht erhaltbar.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass sich die Verwaltung für die Ziffer 2 (Fällen der Pappeln und Ersetzen mit Eschen) ausspreche. Seiner Auffassung nach, sollte die Ersetzeschen eine Höhe von 9 m haben, damit sie bis zur Kleinen Gartenschau entsprechend wirken können.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- und gruppen:

a) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm als Referent für Umwelt, Ökologie und Energie spricht sich im Grunde gegen Fällaktionen aus, doch in diesem Fall müsse er der Verwaltung zustimmen. Hiermit erspare man sich den Pflegeaufwand und werde der Verkehrspflicht gerecht.

b) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Richter weist darauf hin, dass sich die UsW einstimmig der Verwaltungsmeinung aufgrund des Fachgutachtens ausspreche.

c) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Schwab stimmt ebenfalls der Verwaltung zu und spricht sich für das Fällen der Pappeln aus.

d) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos ist der Auffassung, dass das Zurückschneiden der Bäume optisch nicht ansprechend wäre. Die SPD spricht sich für den Verwaltungsvorschlag aus.

e) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp spricht sich ebenfalls für das Fällen der Pappeln aus. Hinsichtlich der Neupflanzungen empfiehlt sie die höheren Eschen zu verwenden.

f) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass durch die Erweiterung von „Natur in Kitzingen“ auf den Bleichwasen verbunden mit der Verlegung des Wohnmobilstellplatzes erst die Problematik hinsichtlich der Pappeln aufgenommen sei. Vorher wurde dies nie thematisiert. Seiner Auffassung nach diene das Gutachten der Fällaktion. Der Stadtrat verliere mit dieser Entscheidung den Bezug zu den Bürgern. Er spricht sich gegen das Fällen der Pappeln aus.

Abschließend fragt er nach, ob das Verfahren dann nochmals durchlaufen werden müsse, wenn sich der Plan aufgrund der Fällung der Pappelreihe ändere. Seiner Auffassung nach werde das Landratsamt sich bei der Prüfung der Einwendungen diesbezüglich keine Mühe mehr machen.

Dipl. – Ing. Hein stellt dar, dass nach der Auslegung und dem Eingehen der Widersprüche diese dem Landratsamt zur Prüfung weitergeleitet werden. Mit den Fachbehörden wurde besprochen, dass Änderungen aufgrund der Pappeln ein nochmaliges Verfahren nicht bedürfe.

g) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt ist ebenfalls der Auffassung, dass man nur aufgrund der Erweiterung auf den Park am Bleichwasen in diese Situation kam. Es sei paradox, dass anlässlich Natur in Kitzingen die Pappeln gefällt werden müssen. Sie spricht sich für den Erhalt aus und bittet um Einhaltung der Verkehrspflicht.

C. **Mit 22 : 5 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag sowie den Ausführungen des Sachverständigen wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis damit, dass die in einer Reihe stehenden Holz-Pappeln und Grau-Pappeln aus Sicherheitsgründen gefällt werden. Als Ersatz werden Eschen in gleicher Anzahl neu gepflanzt.

**Oberbürgermeister Müller unterbricht die öffentliche Sitzung von 19.00 Uhr bis 19.10 Uhr.**

2. Budgetfestlegung 2009 für SG 12 -EDV-

**Mit 26 : 0 Stimmen**

Der UA 0601 (Allgemeine Verwaltung **SG 12 -EDV-**) ist seit dem Haushaltsjahr 2007 budgetiert.

Die Budgethöhe wird auf **268.590,00 €** festgelegt.

3. Budgetfestlegung für die Stadtgärtnerei, UA 5821, für das Jahr 2009

**Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Budget für die Stadtgärtnerei, im Haushaltsjahr 2009, wird auf 0,00 € (978.960 € Ausgaben, 978.960 Einnahmen) Abgleich festgelegt.

4. Budget des Stadtarchivs 2009

**Mit 26 : 0 Stimmen**

Das Budget des Stadtarchivs (UA 3111) für 2009 wird auf 100.275,00 € festgesetzt

5. Budgetierung städtischer Einrichtungen im HHjahr 2009: Stadtbücherei

**Mit 26 : 0 Stimmen**

Das Budget der Stadtbücherei wird im Haushaltsjahr 2009 auf 200.000,00 € festgelegt.

6. Budgetfestlegung 2009 für die Musikschule

**Mit 26 : 0 Stimmen**

Das Budget der Musikschule der Stadt Kitzingen wird im Haushaltsjahr 2009 auf 329.670 € festgesetzt.

7. Budgetierung 2009 des UA 1122 – Verkehrsüberwachung und UA 6815 – Parkplätze/Parkscheinautomaten

**Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Das Budget für die Verkehrsüberwachung (UA 1122) und für die Parkplätze/Parkscheinautomaten (UA 6815) wird für das Haushaltsjahr 2009 auf 206.340,-- € festgesetzt.

#### 8. Budgetfestlegung für den Bauhof UA 7711 für das Jahr 2009

##### **Mit 26 : 0 Stimmen**

Das Budget für den Bauhof im Haushalt 2009 wird auf 30.630,00 € Abgleich festgelegt.

#### 9. Budgetierung 2009 des UA 1300-Brandschutz

##### **Mit 26 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Budget für den Brandschutz (UA 1300) wird für das Haushaltsjahr 2009 auf - 305.940,00 € festgesetzt.

#### 10. Weiteres Vorgehen bei der Planung und Entwicklung der Konversionsflächen: Information

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Vorstellung aus der Finanzausschusssitzung vom 22.01.2009 und fragt nach, ob die Information zur Kenntnis genommen werden könne. Die Beschlussfassung hierzu erfolge in Ziffer 11 der Niederschrift.

Stadtrat Weiglein äußert sich kritisch, dass die Stadt ein Bebauungsplanverfahren zur Entwicklung der Konversionsflächen durchführen möchte. Er gibt zu Bedenken, dass dann die Stadt die kostenaufwendige Erschließung vorhalten müsse. Seiner Auffassung nach seien die §§ 165 ff BauGB genau das richtige Instrument, welches die BIMA in ihren Empfehlungen ebenfalls befürwortet. Darin werde das Vorgehen genauestens vorgegeben. Dabei könne man stets flexibel handeln. Laut des § 165 BauGB sollte von einem Erwerb der Grundstücke abgesehen werden.

Stadtplaner Neumann stellt dar, dass das Vorgehen mit der Regierung genauestens abgestimmt sei. Die genannte Rechtsgrundlage treffe für Kitzingen nicht zu. Dies sei nur dann sinnvoll, wenn der Grundstückseigentümer nicht verkaufen bzw. handeln möchte. Diese Situation liege glücklicherweise zwischen der BIMA und der Stadt Kitzingen nicht vor. Darüber hinaus geht er auf die weiteren Planungsinstrumente bei einem solchen Fall ein und stellt dar, dass die Stadt die Entwicklung nach § 171 a – e BauGB durchführen.

Oberrechtsrätin Schmöger geht kurz auf die §§ 165 ff BauGB ein und verweist besonders auf den § 168 BauGB, wonach die BIMA als Grundstückseigentümerin die Übernahme der Flächen durch die Stadt Kitzingen verlangen könnte und deshalb insoweit ein Risiko bestehe.

Stadtrat Weiglein stellt dar, dass man dies per Vertrag ausschließen könnte.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass man sich ohne Not nicht in diese Situation bringen müsse, nachdem es weitere sinnvollere Handlungswerkzeuge gebe.

Stadtrat Weiglein gibt zu Bedenken, dass man die Erschließung mit einer aufwendigen Finanzierung vorhalte und anschließend lediglich wenige Firmen sich in diesem Areal ansiedeln. Dies bittet er zu vermeiden.

Stadtplaner Neumann stellt dar, dass deshalb eine flexible Rahmenplanung durchgeführt werde, auf Grundlage dessen die Bebauungspläne – auch unter Beachtung konkreter Investorenanfragen – erstellt werden. Darüber hinaus bestehe immer die Möglichkeit des vorhabensbezogenen Bebauungsplans.

## 11. Durchführung der Städtebaulichen Rahmenplanung Harvey Barracks I (West): Beschluss

### A. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

#### a) UeW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Richter spricht sich für den Verwaltungsvorschlag aus.

#### b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank begrüßt, dass durch die Rahmenplanung etwas vorwärts geht. Grundsätzlich könne die CSU dem Beschlussentwurf zustimmen, auch wenn der Antrag der CSU eine andere alternative befürworte.

#### c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos stimmt dem Beschlussentwurf zu.

#### d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp schließt sich dem Verwaltungsvorschlag an.

#### e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof äußert sich kritisch, dass noch diverse Informationen fehlen würden (Haltung der BIMA diesbezüglich, weshalb Priorität Harvey trotz Altlastenproblematik, Leistungsfähigkeit des Bauamtes) und in heutiger Sitzung die Entscheidung getroffen werden sollte. Darüber hinaus bemängelt er, dass die Behördenbeteiligung erst nach der Beschlussfassung erfolge. Gleiches gelte für die Bürgerbeteiligung.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass hinsichtlich des Bauamtes zu den Haushaltsberatungen ein Vorschlag ergehen werde. Bezüglich der Priorisierung verweist er auf den Flächenumfang sowie die nötigen Arbeitsplätze, die vor den Wohneinheiten angegangen werden sollten. Hinsichtlich der Bürgerbeteiligung stellt er dar, dass diese rein rechtlich nicht notwendig sei, die Stadt gleichwohl eine solche durchführen werde.

#### f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt verweist auf die Altlastenproblematik in den Harvey Barracks und gibt die ungewissen Zeitschiene diesbezüglich zu Bedenken, nicht dass unnötig wertvolle Arbeitskraft der Verwaltung investiert werde, ohne genau zu wissen, in welchem Zeitrahmen man handeln könne.

### **B. Mit 24 : 3 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Durchführung der Städtebaulichen Rahmenplanung für den Bereich Harvey Barracks I (West).

## 12. Fortschreibung des Zentrenkonzeptes der Stadt Kitzingen: Beschluss

- A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die ausführliche Diskussion im Finanzausschuss vom 22.01.2009 und erklärt, dass in heutiger Sitzung die grundsätzlich Entscheidung getroffen werden sollte, ob das Zentrenkonzept fortgeschrieben werde. Darüber hinaus bittet er um Beschlussfassung, dass vor der Ausschreibung ein Workshop stattfindet, in dem die Rahmenbedingung der Ausschreibung besprochen und festgelegt werden sollen. Dieser Workshop sollte von einem externen Moderator geleitet werden. Abschließend weist er darauf hin, dass die Regierung von Unterfranken

ken mitgeteilt habe, dass die Erstellung des Zentrenkonzeptes mit 60 % der zuwendungsfähigen Kosten gefördert werde.

Stadtrat Rank als Stadtentwicklungsreferent ist der Auffassung, dass sich das Verbraucherverhalten aufgrund gesteigerter Mobilität geändert habe. Das alte Zentrenkonzept sollte die Innenstadt stärken und beleben, jedoch ist aufgrund ständiger Einzelfallentscheidungen das Konzept nur selten beachtet worden. Seiner Auffassung nach, wird sich daran mit einem neuen Konzept nichts ändern. Die Änderung des Zentrenkonzeptes befürwortet er für das Jahr 2012 und bittet die Arbeitskraft für anstehende wichtigere Aufgaben aufzubringen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte über die Fortschreibung des Zentrenkonzeptes worauf Stadtrat M. Müller den Antrag auf Schluss der Debatte stellt.

#### B. Mit 20 : 7 Stimmen

Dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadtrat M. Müller wird stattgegeben.

#### C. Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen- bzw. gruppen:

##### a) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Richter spricht sich für den Verwaltungsvorschlag aus.

##### b) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Rank verweist auf seine Stellungnahme als Stadtentwicklungsreferent.

##### c) SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Glos stimmt dem Beschlussentwurf zu.

##### d) FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp spricht sich der Fortschreibung des Zentrenkonzept sowie den Workshop aus.

##### e) KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um die Innenstadt wieder zu beleben. Seiner Auffassung nach bedürfe dies zunächst ein Konzept zur Belebung der Innenstadt, bevor sie durch das Zentrenkonzept geschützt werde. Hierfür sollten die nötigen Haushaltsmittel eingestellt werden. Er habe Bedenken am Erfolg des Workshops und ist der Auffassung, dass neben den gewöhnlich Beteiligten auch andere Fachleute (z. B. Wahrnehmungspsychologen) hinzugezogen werden sollten, um u. a. eruiieren zu können, weshalb bestimmte Plätze nicht wahrgenommen werden. Dem Beschlussentwurf könne er nicht zustimmen.

##### f) ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt spricht sich für die Fortschreibung des Zentrenkonzeptes aus und ist der Auffassung, dass man sich letztlich auch daran halten müsste. Ob der Workshop das richtige Instrument sei, bezweifle sie.

##### g) ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Schardt ist der Auffassung, dass die Innenstadt wieder attraktiv gestaltet werden müsse und die Entwicklung nicht auf der grünen Wiese sondern in der Innenstadt vonstatten gehe. Er spricht sich für die Fortschreibung des Zentrenkonzeptes aus.

**D. Mit 21 : 6 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt grundsätzlich die Fortschreibung des Kitzinger Zentrenkonzeptes von 2002.

**E. Mit 19 : 8 Stimmen**

Vor Auftragsvergabe empfiehlt der Stadtrat die Durchführung eines Workshops.

13. 29. Änderung des Flächennutzungsplanes mit paralleler Änderung des Landschaftsplanes für den Bereich Bioanlage Geisspitze (nördlich Albertshofen): Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

**Mit 27 : 0 Stimmen**

1. Mit Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat billigt den Entwurf der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Biogasanlage Geisspitze sowie dessen Begründung in der Fassung vom 21.11.2008.
3. Der Stadtrat beschließt die öffentliche Auslegung des Planentwurfes mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB. Die Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

14. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Biogasanlage Geisspitze“: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

**Mit 26 : 1 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat billigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Biogasanlage Geisspitze“ sowie dessen Begründung in der Fassung vom 21.11.2008.
3. Der Stadtrat beschließt die öffentliche Auslegung des Planentwurfes mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB. Die Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

15. Einleitung eines Änderungsverfahrens für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 52 „Fuchsgraben“: Beschluss

**Mit 14 : 12 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Einleitung eines Änderungsverfahrens im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB für einen Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 52 „Fuchsgraben“.

3. Die Planung betrifft die die Flur-Nummern 2658/2 teilweise, 2658/3, 2658/6, 2658/7, 2658/8, 2658/9, 2658/10, 2658/11, 2658/12, 2658 /13, 2658/14, 2658/15 und 2664/4 der Gemarkung Kitzingen. Ziel der Planung ist die Errichtung von Ein- und Zweifamilienwohnhäusern mit Garagen.

16. Anfrage von 2. Bürgermeister Christof  
Sitzungsvorlage bzgl. Antrag Firma Stetter, Deustergelände

2. Bürgermeister Christof fragt nach, weshalb über einen Antrag der Firma Stetter auf Bau eines Lidl-Marktes mit Getränkemarkt im Bereich des Deustergeländes in der Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 03.02.2009 beschieden werden sollte, obwohl man einig darüber war, dass im Deustergelände kein Markt entstehen wird. Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass der Antrag behandelt werden müsse und die Verwaltung das Anliegen ablehne.

17. Hinweis von Stadtrat Weiglein  
Diffamierende Ausdrücke von 2. Bürgermeister Christof

Stadtrat Weiglein verweist auf Aussagen von 2. Bürgermeister Christof, mit denen die Stadträte diffamiert wurden (Ziffer 1 der Niederschrift) und stellt dar, dass er bei nächsten ähnlichen Situation den Sitzungssaal verlassen werde, auch wenn er hierfür ein Bußgeld verhängt bekomme.

Oberbürgermeister Müller bittet zukünftig derartige Äußerungen zu unterlassen und bei unterschiedlicher Meinung dennoch eine sachliche Diskussionsbasis zu bewahren.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.35 Uhr.**

Oberbürgermeister

Protokollführer